

8 POLITIK

Der Islam soll eine Gefahr für Europa sein – stimmt das? Carolin Emcke plädiert gegen die Furcht vor dem Fremden. In der französischen Islamdebatte zeigt sich das neurotische Verhältnis des Landes zur Religion (diese Seite). In den Niederlanden führt der Politiker Geert Wilders vor, wie man mit Demagogie gegen Muslime Stimmen gewinnt (Seite 9)



Vom afroamerikanischen Komiker und Entertainer Bert Williams stammt der Satz: »Es ist keine Schande, schwarz zu sein. Aber es ist enorm ungünstig.« Dieser Tage gilt: Es ist keine Schande, Muslim in Europa zu sein, aber es ist enorm ungünstig. Muslime im Singular scheint es nicht mehr zu geben. Sie sind als Individuen unsichtbar, als Leute, denen ihre Mitgliedschaft im lokalen Fußballverein oder ihre Arbeit als Krankenpfleger wichtiger sein könnte als ihre Herkunft aus Bosnien oder Afghanistan. Muslime gibt es gegenwärtig selten als Lehrer oder Schlosser, als Liebhaber von Neil Young oder Munir Bashir, Muslime gibt es selten als gläubig und schwul, als Atheisten oder Opernfan – nicht weil es sie nicht gäbe, sondern weil sie so nicht mehr wahrgenommen werden.

Jeder einzelne Muslim wird verantwortlich gemacht für Suren, an die er nicht glaubt, für orthodoxe Dogmatiker, die er nicht kennt, für gewalttätige Terroristen, die er ablehnt, oder für brutale Regime in Ländern, aus denen er selbst geflohen ist. Muslime müssen sich distanzieren von Ahmadineschad in Iran, den Taliban in Afghanistan, von Selbstmordattentätern und Ehrenmördern, und diese Distanzierung glaubt ihnen doch keiner, weil alles gleichgesetzt wird: Islam und Islamismus, Glaube und Wahn, Religiosität und Intoleranz, Individuum und Kollektiv. Zum Vergleich: Es wird gegenwärtig eine Debatte über sexuelle Missbrauch in katholischen Schulen geführt, es wird auch nach den Strukturen gefragt, die den Missbrauch ermöglicht haben. Aber man erwartet nicht von beliebigen Gläubigen, dass sie sich von solchen Taten distanzieren, und niemand würde den bekennenden Katholiken Harald Schmidt auffordern, die Praktiken ihm fremder Jesuitenpatres zu verdammen.

Früher nannte man es Rassismus, wenn Kollektiven Eigenschaften zugeschrieben wurden – heute dagegen gelten dumpfe Vorurteile als »Angst, die man ernst nehmen muss«. Was diesen neuen Rassismus rhetorisch so elegant aussehen lässt, ist, dass das Unbehagen gegenüber Muslimen niemals als Unbehagen gegenüber Muslimen artikuliert wird. Vielmehr kommen die Angriffe stets im Gewand des Liberalismus und als Verteidigung der Moderne daher. Es sind Werte einer aufgeklärten, sympathisch pluralistischen Lebensweise, die in Stellung gebracht werden gegen den Islam.

Dabei werden Muslimen jene Eigenschaften und Überzeugungen zugeschrieben, die eine moderne Gesellschaft

als intolerant geißeln muss. Ein typisches Beispiel ist der Einwanderungstest des CDU-regierten Bundeslandes Baden-Württemberg, bei dem die Tauglichkeit zur Einbürgerung mit der Haltung der Einwanderer zur Homosexualität in Verbindung gebracht wird – oder der des Landes Hessen, der ein modernes Frauenbild abfragt. Wer wollte nicht die modernen Vorstellungen des Zusammenlebens verteidigen? Das ist ja der Konsens, auf dem unser Grundgesetz und unsere Gesellschaftsordnung beruhen. Es klingt auch irgendwie besser und emanzipierter als die Ideologie von Leuten, die dogmatisch an repressiven Familien- oder Sexualitätsvorstellungen festhalten.

# Liberaler Rassismus

Die Gegner des Islams tun so, als würden sie Aufklärung und Moderne verteidigen. In Wahrheit predigen sie den Fremdenhass **VON CAROLIN EMCKE**

Implizit wird dabei immer auch die eigene liberale Fortschrittlichkeit behauptet. Vergessen sind die Versuche der CDU, gegen die eingetragene Lebenspartnerschaft zu votieren, vergessen die Rückständigkeit des Familienbildes der Christlich-Demokratischen Union, das Festhalten an der Ehe als einer Institution zwischen Mann und Frau oder das Verweigern des Adoptionsrechts für homosexuelle Paare. Es ist eine eigenwillige Allianz aus atheistisch-kritischem Feminismus und christlichem Konservativismus, die etwa das Kopftuch als Projektionsfläche für berechtigte Kritik an der Missbehandlung von Frauen einerseits und zugleich für eine phobische Scheu vor Andersartigkeit instrumentalisiert. Da überrascht es gelegentlich, wenn es auf einmal so außerordentlich um Frauenrechte geht, und der Verdacht liegt nahe, dass Missachtung vor allem dann entdeckt wird, wenn es sich

um muslimische Formen des Patriarchats und des Machismo handelt – als wären die nicht genauso widerwärtig, wenn sie von Nichtmuslimen ausgeübt werden. Wie vielen nichtmuslimischen Bewohnern Baden-Württembergs oder Hessens die Staatsbürgerschaft entzogen werden müsste, wenn auch sie den Test ihrer aufgeklärten Toleranz ablegen müssten, bleibt unklar. Intolerant und illiberal sind immer nur die anderen.

So ist eine Diskussion um den Islam in Europa entbrannt, die nicht mehr nur am rechten Rand Gemüter erhitzt, sondern das bürgerliche Zentrum erreicht hat. Das Misstrauen gegen muslimische Europäer wird nicht mehr nur von den schrillen Vertretern rechts-nationalistischer Parteien geschürt – wie Nick Griffin von der British National Party (BNP) in England, der eine Repatriierung von »nicht indigenen« Briten fordert, oder Geert Wilders von der Freiheitspartei (PVV) in den Niederlanden. Solche Parteien haben es geschafft, dass auf einmal die bürgerliche Mitte über Konfliktlinien diskutiert, die von rechts außen diktiert wurden: In der Schweiz sollen Minarette verboten werden, in Frankreich die Totalverschleierung, und in den Medien wird eine Debatte über die »Eroberung Europas durch den Islam« geführt.

Was aber hat dieser Blick auf den Islam mit Europa zu tun? Was sagt diese Diskussion über uns Nichtmuslime, Christen, Juden oder Atheisten, aus? Wenn eine Minderheit die Mehrheit so verunsichern kann, wie gefestigt ist dann die eigene Identität?

Muslimische Fanatiker gab es schon früher, Ehrenmorde und Selbstmordattentate auch. Vielleicht ist es aber kein Zufall, dass der Blick auf die Integration der europäischen Muslime sich gerade in jener historischen Phase schärft, in der Europa sich mit seiner eigenen Integration befasst. Möglicherweise gibt es auch einen Zusammenhang zwischen schrittweiser Emanzipation und gleichzeitiger Diskriminierung der eben emanzipierten Bürger. Es könnte sein, dass gerade die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts unter der rot-grünen Bundesregierung 1999 zu Paradoxien bei der Anerkennung der Muslime geführt hat. Wer vorher als Tunesier oder Iraker

wahrgenommen wurde, ließ sich national unterscheiden. Sobald die Einwanderer Deutsche werden konnten, mussten sie mindestens Muslime bleiben, sonst wären sie ununterscheidbar gewesen. Erst in den Jahren nach der rechtlichen Anerkennung als Staatsbürger wurde deutlich, dass die formale Gleichstellung keineswegs eine soziale bedeutete. Wie auch die französischen und die Schweizer Islamdiskussionen in eine Zeit der nationalen Verunsicherung fielen.

Wenn die Konflikte mit Muslimen aber weniger mit den Muslimen als mit uns selbst und mit Europa zu tun haben, dann sollten wir uns fragen, was die europäische Aufklärung kennzeichnete, was die historischen Prozesse und Prinzipien, die sie etablierte – Säkularisierung, Liberalismus und Toleranz –, wirklich bedeuten und was diese Werte im Umgang mit Muslimen verlangen.

Ursprünglich bezeichnete »Säkularisierung« lediglich den Rechtsakt, durch den der Besitz und die weltlichen Güter der Kirche geschmälert wurden. Im weiteren Sinne bezeichnet der Begriff die Verdrängung kirchlicher Autorität aus dem Bereich weltlicher Herrschaft. Säkularisierung stellt also nicht die Praktiken der Gläubigen infrage, sondern etabliert das politische System als unabhängig von kirchlichen Einflüssen – Säkularisierung ist nicht antireligiös, sondern antiklerikal. Die individuelle Frömmigkeit, aber auch die öffentliche Sichtbarkeit von religiösen Symbolen sind eine ganz andere Frage.

Wer das Kopftuchtragen an öffentlichen Schulen oder den Bau von Minaretten untersagen will, sollte sich daher nicht auf die Säkularisierung berufen. Das ist einer der Gründe, warum die Verfechter des Kopftuchverbots den Schleier auch nicht als Ausdruck religiösen Glaubens anerkennen, sondern ihn als Instrument und Symbol der Unterdrückung deklarieren – so wie die Anhänger des Minarettverbots die Moschee nicht als Gotteshaus, sondern als Raum der Terrorvorbereitung definieren. Was dem einen die rhetorische Keule der Terrorgefahr, ist dem anderen die der Unterdrückung von Frauen.

Das Problem ist weniger die Frage, ob es muslimische Mädchen und Frauen gibt, die zum Tragen des Schleiers gezwungen werden – das kann nicht bezweifelt werden –, die Frage ist: Was unterdrückt? Wirklich das Stück Stoff selbst? Oder die patriarchalen Beziehungsgewebe, die die Autonomie der Frau ignorieren? Stoppt das Verbot des Kopftuchs die Strukturen der Unterdrückung? Oder ergänzt diese Entscheidung nur das Gefühl der Entmündigung durch Vater oder Ehemann um das Ge-

# Minirock gegen Burka

Ganz gleich, ob rechts oder links: Frankreich hat seine neuen Feinde gefunden – fromme Muslime, die sich einem nichtreligiösen Staat verweigern **VON GERO VON RANDOW**

Die Burka ist ein Projekt der Faschisierung. Wir müssen es von Anfang an zerschlagen.« Fadela Amaras kämpferische Sprüche kamen gut an bei ihrem Publikum im Zisterzienserkolleg zu Paris. Es waren keine Konservativen, die Sarkozy muslimischer Staatssekretärin für Stadtentwicklung da Beifall klatschten; zu der Diskussionsveranstaltung hatte der *Nouvel observateur* eingeladen, ein linkes Wochenmagazin. Doch »links« und »rechts«, das sind Begriffe, die keinen Sinn haben in jener Debatte, die Frankreich zurzeit über den Islam, den Staat und dessen »Laizität« führt – den Verfassungsgrundsatz, dass die Religionen frei, aber privat sind, ohne Rolle im öffentlichen Raum.

Ausgerechnet in jenem Land, das den Staat penibel von allen Religionsdingen fernhält, wird noch einmal über ein Verbot spiritueller Bekleidungen gestritten. Mitte Juni 2009 hatte ein kommunistischer Abgeordneter der Nationalversammlung die Debatte angestoßen, unverzüglich sprang ihm die rechte Regierungsmehrheit bei, und schon war die Erregung nicht mehr aufzuhalten. Sie reicht weit über die plappernde Klasse hinaus. »Schockierend« sei der Anblick einer Burka, eines Niqabs und anderer Vollverschleierungen, so ist es laudat, landab zu hören. Auch wenn sich die Gesprächspartner nicht daran erinnern können, wann sie die letzte Begegnung dieser Art hatten. Das Innenministerium schätzt die Zahl der Kompletterhüllten auf 2000 im ganzen Land. Die bedeutendste Konzentration von Vollverschleierungen findet sich rings um das Ministerium an der Place Beauvau in Paris: In dieser schicken Gegend kaufen die Gattinnen arabischer Prinzen Schmuck, Uhren, Schuhe.

Aber um sie geht es nicht. Das gespenstisch wirkende Habit ist für die Verbotsfraktion nur ein Zeichen, das auf ein ganzes Ensemble von Alltagserfahrungen hinweist. Man begebe sich beispielsweise freitags in den Pariser Stadtteil Barbès und suche die beiden Gassen auf, die zum Mittagsgebet gesperrt werden – nicht von Polizisten, sondern von Ordnern der Al-Fath-Moschee. Auf der Fahrbahn liegen Teppiche, aus Lautsprechern klingt arabischer Singsang, und auf einmal sieht man nur noch Männerhintern.

Nun ließe sich sagen: Na und. Die Behinderung des Verkehrs ist vorübergehend, alles verläuft friedlich, und warum soll die Polizeiwache keine Abmachung mit der Moschee treffen? Doch das ist ein Denken, das der französischen Vorstellung von der Republik zuwiderläuft. Ihr ist der Staat die einzig legitime Verkörperung des Allgemeinen. In Barbès hingegen besitzt eine religiöse Teilgesellschaft den öffentlichen Raum.

Und das ist im geschichtsbewussten Frankreich ein Skandal. Hatte nicht Kardinal Richelieu im frühen 17. Jahrhundert die südwestfranzösische Hafenstadt La Rochelle ausgehungert, weil die Hugenotten aus ihr einen Staat im Staate gemacht hatten? Gegen den König sollte niemand Souveränität beanspruchen können. Die Revolution übertrug dieses absolute Staatsprinzip auf die Moderne, und dann dauerte es noch rund 130 Jahre, bis auch die katholische Kirche anerkannte, dass der Staat nicht ihre Sache sei.

Laizität ist kein kämpferisches Konzept. Sie fixiert die friedliche Koexistenz des Staates mit einer wohlvertrauten, auf dem Rückzug befindlichen Restkultur, dem Katholizismus. Der einwandernde Islam indes ist dynamisch, baut Moscheen, fordert die Rücksichtnahme auf seine Ernäh-

rungsregeln in den Schulen sowie für Frauen reservierte Stunden in Schwimmbädern. Das soll der Staat zulassen? Wo ist die Grenze?

Schon kursieren Begriffe wie »München«, »Appeasement« und »Vichy«. In ihnen offenbart sich Invasionsangst. Wenn es bloß um die paar Meter in Barbès ginge! Aber es gibt Stadtviertel, in denen die algerische Fahne häufiger weht als die Trikolore. Fußballspiele, zu deren Beginn gepfiffen wird, wenn die Marseillaise ertönt. Dafür kursiert ein Rap, der »Fick Frankreich« heißt. In einigen Gegenden werden die »Scheißfranzosen« attackiert. Dort dürfen Mädchen keine Minirocke tragen – und das in einem Land, für dessen National-symbol, die Marianne, einst eine entzückend leicht bekleidete Brigitte Bardot Modell stand. Heute trauen sich die Lehrer mancher Schulen nicht mehr, Sexualkunde zu lehren. Es gibt Mietskasernen, die in der Hand von Rauschgifthändlern sind. Straßenzüge, in denen Barrikaden errichtet werden, wenn sich die Polizei nähert.

Der Zusammenhang all dieser Einzelfälle ist die Ghettokultur. Sie ist ein einheimisches Produkt. Dem Populismus aber gilt sie als Invasion. Dies ist die Umwelt, in der die Laizität ihren Sinn verliert; die Friedensregel mutiert zur Abwehrformel. An die ersten Rathäuser wird dieser Tage »Laïcité« als vierter Begriff hinter »Liberté, Égalité, Fraternité« gemeißelt.

Symbolkämpfe, wohin man blickt. Die Burgerkette Quick beispielsweise bietet in bestimmten Gegenden nur Rindfleisch an, das *halal* ist, also dem islamischen Religionsgesetz entsprechend geschlachtet wurde, außerdem statt Schinken geräuchertes Putenfleisch: Der sozialistische Bürgermeister von Roubaix,

einer nordfranzösischen Stadt, hat jetzt wegen »Diskriminierung« Klage eingereicht. Konservative Abgeordnete der Nationalversammlung schließen sich an. Schlagzeilen an den Kiosken, Anschreibebatten im Fernsehen. Die unrepublikanischen Fleischklöpfe sind zum Politikum geworden, die von der Regierung angezettelte Streiterei um die »nationale Identität« hat die Teller erreicht.

An Nahrungsgebräuchen erweist sich sinnlich, wer dazugehört und wer nicht. Und um Zugehörigkeit geht es auch im Burka-Streit. Er hat geradezu anthropologische Wucht, denn das Gesicht ist unser primäres Kommunikationsorgan. Die Elementarbausteine der mimischen Grammatik finden sich unter allen Primaten, sie sind genetisch verankert. Das Antlitz zu verstecken drückt radikale Abkehr aus. Das kann eine sektiererische Marotte sein, ist aber auch ein Mittel, Schrecken einzulösen, ob mit Sonnenbrille, Hasskappe oder heruntergeklapptem Visier. So sehen Feinde aus. Wer auf ihre finstren Kutten zeigt, definiert das, was – in den Worten Fadela Amaras – »zerschlagen« werden muss.

Die Pariser Künstlerin Bérengère Lefranc hat diese Feinderklärung am eigenen Leib erlebt. Lange vor der Burka-Debatte hatte sie ein Aktionsprojekt eronnen: Sie ließ sich ein violettes Gewand schneiden, das alles verhüllte, und lebte darin einen Monat lang. Doch aus Versehen hatte sie ausgerechnet jene vier Wochen gewählt, in denen der Streit um die Ganzkörpertracht losbrach. Auf einmal schien alles erlaubt zu sein, berichtet Lefranc. Sie wurde beschimpft, gekniffen, angespuckt: Das sind ihre Erfahrungen mit einem Verbotsvorhaben, das angeblich die Frauen beschützen soll.





Fotos (S. 8 u. S. 9): Gran Angular/Agentur Bilderberg; De Russe Axelle/Abaca; Alessandro Puccinelli/Picture Press (v.l.n.r.); Dominique Faget/AFP/Getty Images (S. 9, kl.)

**TOLERANZ** heißt, Befremdliches zu ertragen – den strengen Islam (Mitte), einige Exoten beim Christopher-Street-Day (links) oder die Karwochen-Prozession in Sevilla (rechts)

## Den Koran verbieten!

Die Niederlande stehen vor einer Neuwahl. Der Populist Geert Wilders hat gute Chancen **VON WERNER A. PERGER**

**D**iesen Niederländer halten viele für einen Fanatiker, einen bedenkenlosen Populisten und Hetzer. Er sei besessen von der Vorstellung, Europa sei bedroht durch eine gigantische Welle der Islamisierung, es nahe das Ende der westlichen Kultur. Ist so einer mit einer derart fixen Idee nicht selbst gefährlich für die liberale Demokratie?

Die Frage ist wichtig, denn Geert Wilders könnte vor einer neuen Stufe seiner Karriere stehen. In den Niederlanden ist die Regierung zerbrochen, am 9. Juni wird das Parlament neu gewählt. Wilders wird seit Monaten in den Meinungsumfragen hoch gehandelt. Anfang März, bei den landesweiten Kommunalwahlen, wird er seine Stärke wohlkalkuliert nur in zwei Gemeinden testen, in Den Haag und in einer modernen Satellitensiedlung in der Nähe Amsterdams. Wilders wird in jedem Fall zu den Gewinnern zählen.

Der 46-jährige Abgeordnete nennt den Koran vergleichbar mit Adolf Hitlers *Mein Kampf*, weshalb er verboten gehöre. Der Islam sei »fascistisch und krank«, und die Kriminalität muslimischer Jugendlicher sei ein Produkt ihrer Religion und Kultur. Finanzpolitisch noch nicht ganz ausgegoren wirkt Wilders' Forderung nach einer Kopftuchsteuer.

Ist das bloß die populistische Mehrheitsstrategie eines Strebers, der außer krass blondierte Haaren nichts Auffälliges an sich hat und deshalb heftige Worte bemüht? Oder meint Wilders es ernst? Offenkundig hält er sich für den letzten mutigen Aufklärer der niederländischen Gesellschaft: einer, der ausspricht, was andere nicht zu sagen wagen. Dass er wegen seiner Attacken auf den Islam und die Muslime zurzeit auch noch ein Strafverfahren am Hals hat, dient ihm als Beweis dafür, dass der Westen die Orientierung verloren hat. »Feige europäische Politiker« sind ein Merkpunkt in seinen Tiraden.

Wilders verlangt übrigens den Rückzug der rund zehntausend niederländischen Soldaten aus Afghanistan – wie die Sozialdemokraten, die an dieser Forderung die Regierung mit den Christdemokraten und Calvinisten platzen ließen. Und er lehnt die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab, die von derselben Koalition kurz vor ihrem Ende noch beschlossen wurde. Denn Geert

Wilders ist, wie sich das für moderne europäische Rechtspopulisten gehört, neuerdings auch ein Anwalt der »kleinen Leute«.

Seine rasant steigende Popularität ist freilich nicht unbegründet und hat ihre Vorgeschichte. Die antiislamische Botschaft fällt auf fruchtbaren Boden. Grund dafür ist vor allem das offenkundige Scheitern einer Zuwanderungspolitik, die keine war. Das *Multikulturelle Drama*, so der Titel eines Artikels des Sozialwissenschaftlers Paul Scheffer vor zehn Jahren, hatte sich schon in den 1990er Jahren abgezeichnet, war aber ignoriert worden. Spannungen zwischen Alteingesessenen und Zuwanderern aus den früheren niederländischen Überseekolonien hatte es schon zuvor gegeben. Doch sie waren beherrschbar – diese Zugewanderten wollten, bei aller Unzufriedenheit mit ihrem Alltag, Niederländer sein und als solche von den »Weißen« akzeptiert werden. Mit dem Zuzug von muslimischen Familien, vor allem aus Marokko, aber auch aus der ländlichen Türkei, entstanden neue Integrationsprobleme.

Die Folgen, von der Ghettobildung und dem Entstehen von sozialen »Parallelstrukturen« über das Wirken



**GEGEN** »feige europäische Politiker«, aber zugleich gegen den Einsatz in Afghanistan: Geert Wilders

neuer radikaler Prediger im muslimischen Milieu bis zu bisher unbekanntenen Formen der Jugendkriminalität, lösten in den Niederlanden einen Kulturschock aus. Der bürgerliche Überdruß an der Konsens- und Toleranzpolitik entlud sich in spontanen Trotzreaktionen der Wähler: Lokale Protestparteien bekamen Zulauf, ein Medienstar namens Pim Fortuyn veränderte mit seinem erst radikal-liberalen, dann zunehmend aggressiven Anti-Islam- und Anti-Volksparteien-Populismus die politische Landschaft. Er wurde knapp vor der Wahl 2002 von einem fanatischen Linken aus der Tierschützerszene ermordet. Zweieinhalb Jahre später, am 2. November 2004, ermordete ein junger, als integriert geltender holländisch-marokkanischer Mann den Filmemacher Theo van Gogh, einen bekannten künstlerischen Provokateur und gelegentlichen Islamkritiker, auf offener Straße – eine Tat, die das Land noch mehr erschütterte als der Anschlag auf Fortuyn. In gewisser Weise war dies der 11. September der Niederlande. Danach war alles anders. Und Geert Wilders, bis dahin ein unbekannter rechtsliberaler Hinterbänkler, begann seinen Aufstieg.

fühl der Entmündigung durch Gesellschaft und Staat? Das Kopftuch darf oder muss die Frau dann nicht mehr tragen, aber wird sie damit auch schon aus der Struktur der Unterdrückung befreit? Wären nicht Ausbildungs- oder Jobangebote an muslimische Frauen ein erfolgversprechenderes Instrument der Emanzipation als ein Burka- oder Kopftuchverbot? Wenn wir die häusliche Verwahrlosung eines Kindes an seiner Kleidung in der Schule erkennen, glauben wir dann, die Anordnung von Schuluniformen würde das Problem beheben?

Der Rationalismus der Aufklärung und der liberale Individualismus, auf die sich die Islamkritiker gern berufen, orientieren sich stets an der Autonomie des einzelnen Menschen. Was Aufklärung und Liberalismus verteidigen, ist das Selbstbestimmungsrecht des Individuums: Nicht Kirche, soziale Klasse und Herkunft sollen über das moderne Subjekt bestimmen dürfen, sondern die autonome, freie Wahl des Einzelnen muss vom Staat geschützt und verteidigt werden.

Wer das Kopftuch prinzipiell verbietet, muss sich also fragen, ob es wirklich undenkbar sein soll, dass eine Frau freiwillig ein Kopftuch tragen möchte. Wenn eine Muslimin ein Kopftuch tragen möchte, muss das in einem liberalen Staat ebenso schützenswert sein wie ihre Entscheidung, keines zu tragen. Wer Frauen verteidigen will, sollte ihnen eine selbstbestimmte Wahl ermöglichen, sollte Gewalt gegen Frauen (ob muslimisch oder nicht) ahnden und die, die sie misshandeln, verurteilen.

Nun bleibt die Gefahr, die Befürworter eines Burkaverbots zu Recht benennen, dass das soziale Umfeld, in dem Frauen die Burka tragen, eine solche freie Wahl vielleicht nicht zulässt. Das ist ein ernst zu nehmender Einwand. Aber wenn Frauen, wie in Frankreich erörtert, das Burkatragen in Bussen oder U-Bahnen verboten wird – werden die Frauen, die zur Burka gezwungen werden, dann von ihren Ehemännern wirklich unverschleierte auf die Straße gelassen? Oder müssen sie zu Hause bleiben? Die Publizistin Hilal Sezgin hat in der *Frankfurter Rundschau* dazu den Vorschlag gemacht, Frauen mit Burka sollten lieber Übersetzer zur Seite gestellt bekommen, um ihre Spielräume zu vergrößern.

Das Erbe der Aufklärung bedeutet, einen Freiraum zu verteidigen, in dem individuelle Vorstellungen des Glücks gelebt werden können, ohne dass der Staat

intervenieren darf. Säkularisierung war insofern auch immer gekoppelt an das Prinzip der Glaubensfreiheit. Das politische System, die Gesetze des Staates, das Bildungswesen sollten weltlich und dem Einfluss der Kirche entzogen sein, aber innerhalb dieser politischen Ordnung sollte den Bürgern ihre eigene Religiosität, ihre eigene Weltanschauung, ihre eigene Vorstellung vom guten Leben gestattet sein.

Dieses Erbe bedeutet die Möglichkeit, sich rational oder irrational, religiös oder nichtreligiös zu orientieren, es bedeutet die Freiheit, sich nach einer anderen Welt zu sehnen, aber den Rechtsstaat und die Glaubensfreiheit der anderen anzuerkennen. Diese Freiheit, sich selbst oder die Realität überschreiten zu wollen, ist es, die Menschen kreativ sein lässt. Es mögen religiöse oder atheistische Visionen sein, die uns über uns hinauswachsen lassen. Aber wir verkümmerten in unserem Gemeinwesen und in unserer Lebensfreude, wenn wir sie beschneiden würden.

Eine Glaubensfreiheit, die eigentlich Zwangsatheismus als einzige Form der Modernisierung akzeptiert, ist keine. Eine Glaubensfreiheit, die nur den christlichen Glauben meint, ist auch keine. Toleranz ist in Wahrheit immer Toleranz von etwas, das einen anwidert oder irritiert. Toleranz dämpft Abneigung, nicht Zuneigung. Und in modernen, pluralistischen Gesellschaften mit unterschiedlichsten existenziellen, sexuellen oder ästhetischen Neigungen wird das Tolerieren von Praktiken und Überzeugungen anderer von jedem verlangt: Die Geißelungen bei den Osterprozessionen in Sevilla erscheinen den einen so pervers wie anderen die Sadomaso-Spielchen auf den Christopher-Street-Day-Paraden in Paris oder Berlin; der männliche Blick, der junge Mädchen unter den Schleier zwingt, erscheint den einen ebenso sexistisch wie anderen der, der sie sich in High Heels quetschen und rundum entblößen lässt; die Vorstellung der Eucharistie ist den einen so befremdlich wie den anderen der Glaube an 72 Jung-

frauen im Paradies; die Wagner-Begeisterten in Bayreuth wirken auf die einen so befremdend wie auf andere die St.-Pauli-Fans am Millerntor. Wer denkt, nur Muslime glaubten an unwahrscheinliche Geschichten, sollte gelegentlich in eine Messe gehen oder Chatrooms im Internet besuchen. Für ähnlich geartete Lebensformen oder Überzeugungen braucht es keine Toleranz.

Natürlich gibt es eine richtige und notwendige Kritik an radikalem Fundamentalismus und Gewalt, ob sie nun von Muslimen oder Christen ausgehen (wer meint, nur unter Muslimen gebe es Antisemiten

oder religiös motivierte Kriminelle, sollte sich die Pius-Brüder ansehen oder die gewalttätigen evangelikalen Abtreibungsgegner). Aber der Unterschied zwischen Aufklärung und Rassismus macht sich daran fest, ob diskriminierende Praktiken und Verbrechen angeklagt werden – oder ganze Bevölkerungsgruppen. Die Gefahr für das Erbe der Aufklärung sind nicht Andersgläubige, sondern die Ideologen, die politische oder soziale Fragen in religiöse oder ethnische umdeuten. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind ebenso Feinde der europäischen Idee wie Glaubensfuror und Terrorismus.

Die europäischen Ideale der Aufklärung, der Säkularisierung, der Toleranz und der Rechte des Individuums scheinen in Europa immer mehr in Vergessenheit zu geraten. Verteidigt werden sie gegenwärtig am ehrlichsten nicht in Berlin oder in Paris, sondern in Teheran. Es sind junge Frauen mit Kopftuch, die gegen ein religiös-fundamentalistisches Regime kämpfen, junge Menschen, die *Allahu Akbar*, Allah ist groß, rufen und ihr Leben riskieren im Kampf gegen Despotie. Sie sind der Beweis dafür, dass Aufklärung und Menschenrechte, Toleranz und Glaubensfreiheit universal gelten müssen, für Gläubige oder Ungläubige, Muslime oder Christen, Juden oder Atheisten. Daran sollten wir in Europa uns erinnern.

### Die Rechte

des Individuums werden gegenwärtig weniger in Berlin oder Paris verteidigt als in Teheran – nicht zuletzt von jungen Frauen, die Kopftücher tragen und »Allah ist groß« rufen

**Für unsere Kinder: Brillen chic zum Nulltarif. Mit Gläsern von Zeiss. 3 Jahre Garantie. Und Papi muss nicht einen Cent dazubezahlen.**

Rezept oder Berechtigungsschein genügt.

**Brille: Fielmann.**

**Brille: Fielmann.** Internationale Brillenmode zum garantiert günstigen Fielmann-Preis. Mehr als 600x in Europa. Fielmann gibt es auch in Ihrer Nähe. [www.fielmann.com](http://www.fielmann.com)